

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### Das Recht auf Jugend

Unter dem Titel „Recht auf Jugend“ veröffentlicht *Werner Spanehl* in der von ihm redigierten Gewerkschaftszeitung *Deutsche Post* (Nr. 8) einen Aufsatz, aus dem wir gerade in diesem Heft (im Zusammenhang mit der Bundesjugendkonferenz des DGB und dem Aufsatz „Freizeit und Freiheit“ von Prof. *Thielicke*) die wichtigsten Abschnitte zitieren möchten:

„Das Jugendproblem“, das uns in unzähligen Abhandlungen dargeboten wird, ist im Grunde das Problem einer Gesellschaft, welche die hektische Gegenwart mit den Maßstäben einer betulichen Vergangenheit mißt... Es gab eine Zeit, in der die Jugend es sich zum Ziel gesetzt hatte, das Leben zu erneuern, mit verlogenen bürgerlichen Konventionen zu brechen und sich von falschen Autoritäten zu befreien. Das ist erst fünfzig Jahre her, aber vom Hohen Meißner führte der Weg unter der Führung der Älteren nach Langemarck und Stalingrad. Die Ideale der Jugendbewegung machten einer furchtbaren Ernüchterung Platz. Der ‚Zupfgeigenhansl‘ und der Volkstanz sind heute Idylle, entleert ihres ursprünglichen Sinngehalts. Wer wollte der Jugend einen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht mehr ‚Jugendbewegt‘ sei, nicht mehr auf der Laute spiele, harmlose Liedchen trällere, durch die Felder und Wälder wandere. Wer die Vorstellungen der Romantik auf unsere Zeit überträgt, ist ein reiner Tor oder ein Narr.

Noch immer gibt es Auflehnung, Proteste, Demonstrationen von Seiten der Jugend. England hat seine ‚zornigen jungen Männer‘, Amerika spricht von der ‚beat generation‘, die sich von den vorgeschriebenen Denkklišees zu

lösen versucht, ‚entfernt von der geldgierigen Majorität von Menschen, die den Ton angibt‘. Aber das alles ist nicht Bewegung, sondern der Versuch einer Besinnung, getragen von Skepsis und getränkt mit Zynismus, unternommen von eigenwilligen jungen Leuten, welche die Uniformität hassen. Unsere Gesellschaft wird von einem großen Diktator regiert. Sein Name ist *Konsum*. Niemand kann sich ihm entziehen, sein Einfluß erfaßt jeden; er erfaßt auch den Jugendlichen. Wo wir romantisches Jugendbewegtsein erwarten, finden wir modisch geschnittene Anzüge und sorgfältig zerzauste Frisuren an einer Espresso-Theke, unschuldige Romy-Schneider-Gesichter mit Dekollete‘, gespielter Gleichgültigkeit und Selbstsicherheit an abendlichen Straßenecken. Der Konsum hat die Jugend eingeplant. Er liefert ihr Motorräder und Autos, Luftmatratzen und Kofferradios, die Hüften von Gary Cooper, die Busenweite der Loren und den Charme von Audrey Hepburn. Es ist alles konfektioniert, sogar die Langeweile, und die Jugendlichen nehmen es hin, wie die Erwachsenen es hinnehmen. Daß sie dennoch versuchen, eine eigene Note zu behalten, ist die letzte passive Revolte, die ihnen verbleibt.

Aus alledem ergibt sich, daß wir der Jugend Unrecht tun, wenn wir sie etikettieren wollen. Wir müßten dieses Etikett schon uns selbst aufkleben. Anstatt des Jammerrufes: ‚Früher war das anders‘, sollten wir treffender feststellen, daß es heute anders ist als früher. Wo Großmutter einstmals am Spinnrad saß, steht heute ein Fernsehgerät, auf dessen Bildschirm uns ein Kriminalreißer vorgeführt wird. Man kann das nicht ignorieren, wenn man die Jugend verstehen will... Wenn wir ihr helfen wollen, zu sich selbst zu finden, dann müssen wir ihr einen Raum zubilligen, in dem sie sich frei entfalten kann, ohne Bevormundung durch die Er-

wachsenen, deren Prestige in der jüngsten Geschichte ohnehin beträchtliche Einbußen erlitten hat.

An die Stelle einer romantischen Jugendbewegung sind heute nüchterne Jugendorganisationen getreten. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wo unsere Jugendlichen organisiert sind, denn ihr Leben ist gefährdeter als das Leben irgendeiner Generation vor ihr. So könnte nichts verhängnisvoller sein als die Organisation in einem Verband, der überholte Ideale aufzuwärmen versucht. Er brächte die jungen Menschen in einen Zwiespalt, der sie zu Außenseitern der Gesellschaft machen könnte.

Die Gewerkschaftsjugend gehört heute zu den mächtigsten Organisationen des Bundesgebietes. Innerhalb der großen Gemeinschaft der Arbeitnehmer hat sie es verstanden, sich ein gewisses Eigenleben zu bewahren. Wir sollten alles daransetzen, ihr dieses Eigenleben noch weiter auszubauen. Wir sollten nicht mit finanziellen Mitteln knausern, denn es gilt, der Jugend die Möglichkeit zu schaffen, inmitten einer total verplanten Gesellschaft frei und kritisch zu sein. Das Recht auf Jugend, das zu allen Zeiten selbstverständlich war, sollte auch von uns nicht eingeschränkt werden.“

### Volksaktie - kein Weg zur Eigentumsneubildung

Unter diesem Titel veröffentlichte der *DAG- Informationsdienst* am 12. Mai 1959 eine Stellungnahme der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, die sich weitgehend mit den Argumenten deckt, die mehrfach in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*, vor allem von unserem Mitarbeiter Dr. Kurt Hirche, vertreten wurden (GM Oktober und Dezember 1958, April 1959). Wir möchten unseren Lesern die Hauptpunkte der Stellungnahme der DAG im Wortlaut vermitteln:

„1. Die neuaufgelegten Preußag-Aktien — die sogenannten Volksaktien — unterscheiden sich von den Normalaktien ausschließlich durch ihren günstigeren Emissionskurs und im Negativen durch die Beschränkung der Erwerbsmöglichkeiten bei der Erstausgabe. Da der Erwerb von Volksaktien im wesentlichen nicht durch eine zusätzliche Sparleistung, sondern lediglich durch eine Verlagerung vom Konten- bzw. Heimsparer zum Aktiensparer erfolgt, kann eine Vermögensneubildung nur insoweit eintreten, als durch die Veräußerung der Volksaktien ein Kursgewinn realisiert wird.

2. Von der Bundesregierung wird mit der Aktion Volkaktie eine breitere Eigentumsbildung angestrebt. Eine solche Aktion ist jedoch nur sinnvoll, wenn sie zu einer wirklichen Vermögensneubildung und der Möglichkeit der Wahrnehmung aller Rechte aus dem direkten Eigentum führt. Ein anteilmäßiges Eigentum

am Rechtstitel eines riesigen Unternehmens bewirkt jedoch keinesfalls, daß der Besitzer dieses Rechtstitels sich als Eigentümer im soziologischen Sinne fühlt. Er wird dies um so weniger können, je geringer sein Anteil am Gesamtvermögen der Gesellschaft ist.

3. Für die breite Masse der Bevölkerung hat das Spargeld den Charakter eines Notgroschens. Hierfür ist jedoch die Volksaktie ein äußerst fragwürdiges Instrument, da der Besitz im Notfall unter Umständen nur mit Verlust mobilisiert werden kann. Dem kleinen Sparer sollte deshalb die sichere und mobile Anlage auf einem Sparkonto empfohlen werden.

4. Von der derzeitigen Kapitalmarktsituation her besteht keine Notwendigkeit, einen breiteren Kreis der Bevölkerung für das Wertpapier-sparen zu interessieren. Dieses um so weniger, als — wie bereits dargelegt — im wesentlichen nur eine Umschichtung vom Kontensparen zum direkten Wertpapiersparen erfolgt.

5. Die Volksaktie hat demnach bisher weder zur Eigentumsneubildung noch zur Änderung der Eigentumsverteilung geführt. Sie dient vielmehr ausschließlich der Einleitung der Privatisierung des ertragswirtschaftlichen Bundesvermögens. Diese von der Mehrheit des Bundestages für richtig gehaltene Privatisierung erscheint jedoch fragwürdig sowohl hinsichtlich des Prinzips als auch hinsichtlich des eingeschlagenen Weges. Die Kleinstückelung der Volksaktie und die Beschränkung des Erwerbs auf einen Bruchteil des Aktienkapitals müssen zu einer erheblichen Machtausweitung der Besitzer größerer Pakete alter Aktien führen, da diese den Beschränkungen nicht unterworfen sind und somit bei breiter Streuung des Aktienkapitals schon bei einer Minorität von 25 oder weniger vom Hundert des Aktienkapitals die Hauptversammlung beherrschen können. Für den Fall jedoch, daß das gesamte Kapital einer Aktiengesellschaft den Beschränkungen der Volksaktie unterworfen würde, wäre ebenfalls der zunehmenden Konzentration nicht vorgebeugt, weil unter diesen Umständen die Vorstände der Gesellschaften praktisch unabhängig von der Hauptversammlung disponieren können.

6. Der entscheidende Einwand gegen die Privatisierung des ertragswirtschaftlichen Bundesvermögens ergibt sich jedoch aus der Tatsache, daß hierfür ausschließlich die rentablen Objekte zur Verfügung stehen. Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Staates auf solchen Gebieten, die der Privatwirtschaft wegen der zu erwartenden niedrigen Rendite nicht lohnend erscheinen, aus übergeordneten volkswirtschaftlichen Gründen jedoch in Angriff genommen werden müssen, ist unbestritten. Darüber hinaus sollten die bundeseigenen Unternehmen ein auch in der Wettbewerbswirtschaft durchaus erwünschtes Regulativ auf dem Markt darstellen. Die Privatisierung ausschließlich der

unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten lohnenden Objekte bedeutet unter Umständen eine zusätzliche Belastung der Allgemeinheit durch erforderlich werdende Subventionierungen der unrentablen Unternehmen zugunsten einer vergleichsweise kleinen Schicht von Volksaktienerwerbem.

Aus allen diesen Gründen steht die DAG der Privatisierung des ertragswirtschaftlichen Teiles des Bundesvermögens skeptisch gegenüber und kommt nicht umhin, hierin für die Allgemeinheit mehr Nachteil als Vorteil sehen zu müssen. Diese Nachteile treten bei vergleichsweise kleinen Objekten, wie z. B. der bisherigen Preußag-Aktion, nicht in Erscheinung. Wenn die Maßnahmen auf die Preußag beschränkt bleiben, brauchen darüber nicht viele Worte verloren zu werden; da jedoch die erklärte Absicht der Bundesregierung dahin geht, dem Beispiel Preußag folgend nunmehr auch das Volkswagenwerk und gegebenenfalls weitere rentable Teile des Bundesvermögens zu privatisieren, sieht sich die DAG genötigt, diese ihre Bedenken in aller Deutlichkeit anzumelden.“

Soweit die Stellungnahme der DAG. In diesem Zusammenhang sei auf einen interessanten Aufsatz von *Josef Hindels* in der österreichischen Zeitschrift *Arbeit und Wirtschaft* (Nr. 4) hingewiesen, in dem sich der Verfasser mit dem Problem der Volksaktie, des gestreuten Eigentums und des Miteigentums scharfsinnig auseinandersetzt und abschließend sagt:

„Ich komme zu der Schlußfolgerung, daß die Idee des Miteigentums — ob gewollt oder ungewollt, soll hier nicht untersucht werden — von der entscheidenden Aufgabe, die vor den Arbeiterorganisationen steht, nur ablenkt: Das ist die Aufgabe, geeignete Methoden der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung zu entwickeln. Um Mißverständnisse auszuschließen, möchte ich mit Nachdruck hinzufügen: Unter Mitbestimmung ist die *aktive Teilnahme* der Arbeiter und Angestellten an der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu verstehen. Die Arbeiterorganisationen müssen maßgeblich an der Ausarbeitung eines *gesamtwirtschaftlichen* Konzepts und an der Festlegung der einzelnen Produktionspläne beteiligt sein. In den Betrieben selbst kann Mitbestimmung nur bedeuten, daß die gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten an der Leitung teilnehmen und die zu bestimmten fachlichen Tätigkeiten delegierten Manager kontrollieren. Diese Produktionskontrolle wäre ein kühner Schritt zu einer neuen, die Ausbeutung überwindenden Gesellschaft.“

### Mißbrauchte Gastfreundschaft

Unter diesem Motto veröffentlicht die von *Harry Pross* redigierte *Deutsche Rundschau* (Nr. 5) eine Glosse, die wir hier zitieren möch-

ten, um auch unsererseits der dort erhobenen Forderung Nachdruck zu verleihen:

„Sosehr die deutsche Öffentlichkeit es begrüßt hat, daß die Flüchtlinge aus Ungarn nach der blutigen Niederwerfung des Aufstandes der Freiheit durch die Rote Armee in der Bundesrepublik mit offenen Armen aufgenommen und in jeder Weise unterstützt werden, sosehr empört sich die Öffentlichkeit dagegen, daß bestimmte ungarische Flüchtlinge die ihnen schon früher gewährte Gastfreundschaft in der größtmöglichen Weise mißbrauchen. Es handelt sich um Flüchtlinge, die nach dem Zusammenbruch 1945 in die Bundesrepublik kamen, weil sie mit Grund die Vergeltung für ihre Untaten fürchteten. Das sind Angehörige der ungarischen nationalsozialistischen Partei, die berüchtigten »Pfeilkreuzler«, deren Verbrechen gegen die demokratisch gesinnte Bevölkerung und die ungarischen Juden denen der SS nichts nachgaben. Heute nennen sie sich *Hunganstische Bewegung* ...

Diese Flüchtlinge haben sich in Bayern sehr bequem einrichten können und geben u. a. eine Zeitschrift *Hidverök* heraus, Redaktion im Schloß Teising bei Neumarkt / St. Veit. Gleichzeitig ist ein Institut zur Erforschung neuzeitlicher Geschichte und Gesellschaft von ihnen gegründet worden, das Schriften nationalsozialistischer und antisemitischer Propaganda in ungarischer und in anderen Sprachen herausgibt. Unter ihren Veröffentlichungen befindet sich natürlich auch eine Neuauflage auf ungarisch der berüchtigten »Protokolle der Weisen von Zion«, ferner eine Schrift »Kampf gegen die jüdische Presse« und »Die Welteroberer, die wahren Kriegsverbrecher«. Die Pfeilkreuzler haben es verstanden, ihre Organisation zum Mittelpunkt des internationalen Faschismus und Antisemitismus zu machen. Ihre Hetzzeitung ... wird in der ganzen Welt kostenlos verteilt, wodurch sich sofort die Frage erhebt, wer denn dieses Unternehmen finanziert. Die Hungaristen verfügen über große Mittel ...

Aus den Veröffentlichungen geht eindeutig hervor, daß sie jede demokratische Regierungsform bekämpfen, wie sie auch für ihre Anhänger den Grundsatz aufgestellt haben, daß »in einer gesunden Organisation es keine Demokratie gibt«. Die Mitglieder stehen unter scharfer und unbarmherziger Kontrolle der Leitung.

Von der Münchener Staatsanwaltschaft sind bisher keinerlei Schritte gegen dieses antidemokratische Treiben erfolgt... Das Treiben der Hungaristen hat sich inzwischen zu einem internationalen Skandal ausgewachsen und den moralischen Kredit der Bundesrepublik empfindlich geschädigt. Die deutsche Öffentlichkeit verlangt, daß diesem groben Mißbrauch der Gastfreundschaft durch höchst unerwünschte Elemente ein schnelles Ende bereitet wird.“

### Jedem Grenadier seine Atomwaffe!

Die *Bundeswehr*, das offizielle Organ des Deutschen Bundeswehrverbandes e. V., hat sich ein Verdienst erworben: sie informiert uns in ihrer Maiausgabe ausführlich über eine wichtige neue „Errungenschaft“ der atomaren Aufrüstung:

„Vor einigen Tagen lief — von der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtet — die Nachricht durch die amerikanische Presse, daß die USA sich anschicken, den Granatwerfer »Davy Crockett« in Serienproduktion zu geben. Es

handelt sich dabei um eine Leichtkonstruktion, die von einem Soldaten getragen und von drei Mann bedient werden kann. Diese neuartige Waffe, mit einer Reichweite von 3,5 Kilometern, ist zur Verwendung von atomaren Wurfgranaten bestimmt. Sie stellt somit gleichsam die erste Kernwaffe für den Infanteristen dar...“

Jedem Grenadier seine Atomwaffe! Herrlichen Zeiten führen sie uns entgegen — wenn wir uns nicht mit aller Energie gegen den wohl vorbereiteten Weltuntergang zur Wehr setzen!  
W. F.